

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort zur 11. Auflage</b> .....	V
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	XXIX
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXXI
<b>Teil I      Grundlagen der öffentlichen Verwaltung</b> .....	<b>1</b>
<b>Kapitel 1   Die öffentliche Verwaltung als Teil der öffentlichen Gewalt</b> <i>(Brenndörfer/Trockels)</i> .....	<b>3</b>
A. Einordnung des Verwaltungsrechts in einen Gesamtzusammenhang . . .	3
B. Verwaltungsbegriff und Arten der Verwaltung . . . . .	4
I.    Begriff der Verwaltung . . . . .	4
1. Negative Definition . . . . .	4
2. Positive Definition . . . . .	5
II.   Arten der Verwaltung . . . . .	5
1. Unterscheidung nach Aufgaben . . . . .	5
2. Unterscheidung nach der Rechtsform des Handelns . . . . .	6
3. Unterscheidung nach Wirkung für den Bürger . . . . .	7
C. Träger öffentlicher Verwaltung . . . . .	8
I.    Unmittelbare Staatsverwaltung . . . . .	8
II.   Mittelbare Staatsverwaltung . . . . .	9
1. Körperschaften des öffentlichen Rechts . . . . .	9
2. Anstalten des öffentlichen Rechts . . . . .	9
3. Stiftungen des öffentlichen Rechts . . . . .	9
4. Beliehene . . . . .	10
III. Zusammenfassung . . . . .	11
D. Verwaltungsaufbau und -aufsicht . . . . .	11
I.    Verwaltungsaufbau . . . . .	11
1. Unmittelbare Landesverwaltung . . . . .	11
2. Mittelbare Landesverwaltung . . . . .	12
II.   Staatsaufsicht . . . . .	13
1. Dienstaufsicht . . . . .	13
2. Fachaufsicht . . . . .	13
3. Rechtsaufsicht . . . . .	13
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	14
I.    Vertiefungshinweise . . . . .	14
II.   Wiederholungsfragen . . . . .	14

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel 2</b>	<b>Rechtliche Grundlagen der öffentlichen Verwaltung</b>	
	<i>(Sander/Schad)</i>	15
A.	Öffentliches und privates Recht	15
I.	Einführung	15
II.	Zuordnungskriterien	16
1.	Abschließende Zuweisungsregelungen	16
2.	Abgrenzungstheorien	17
3.	Zuordnung von Benutzungsverhältnissen	20
4.	Vermutungsregel	20
III.	Zweistufige Rechtsverhältnisse als Mischform	21
B.	Quellen des Verwaltungsrechts	22
I.	Begriff und Bedeutung	22
II.	Die geschriebenen Rechtsquellen	22
1.	Normenhierarchie	22
2.	Prüfungs- und Verwerfungskompetenz	23
3.	Die einzelnen Rechtsquellen in ihrer Rangfolge	25
III.	Ungeschriebenes Recht: Gewohnheitsrecht	28
IV.	Richterrecht und Allgemeine Rechtsgrundsätze	29
1.	Richterrecht	29
2.	Allgemeine Rechtsgrundsätze	30
V.	Rechtsquellen des „Innenrechts“ mit faktischer Außenwirkung	30
1.	Verwaltungsvorschriften	30
2.	Sonderverordnungen	31
C.	Subjektive öffentliche Rechte	32
I.	Bedeutung	32
II.	Begriffliche Erfassung	32
III.	Einfluss des Europäischen Unionsrechts	35
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	36
I.	Vertiefungshinweise	36
II.	Wiederholungsfragen	36
<b>Kapitel 3</b>	<b>Grundlagen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union</b>	
	<i>(Frey/Peters)</i>	38
A.	Einführung	38
B.	Europäische Union	38
I.	Die Säulen der Europäischen Union	38
II.	Die Institutionen der EU	39
1.	Der Europäische Rat	39
2.	Das Europäische Parlament	39
3.	Der Rat (oder Rat der Europäischen Union)	39

## Inhaltsverzeichnis

4.	Die Kommission . . . . .	39
5.	Der Gerichtshof der Europäischen Union . . . . .	40
6.	Die Europäische Zentralbank . . . . .	40
7.	Der Rechnungshof . . . . .	40
C.	Das Recht der Europäischen Union . . . . .	40
I.	Primärrecht . . . . .	40
1.	Politikfelder . . . . .	40
2.	Grundfreiheiten . . . . .	42
3.	Grundrechte . . . . .	43
II.	Sekundärrecht . . . . .	44
1.	Verordnungen . . . . .	44
2.	Richtlinien . . . . .	44
3.	Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen . . . . .	45
D.	Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht . . . . .	46
I.	Anwendungsvorrang . . . . .	46
II.	Verwerfungskompetenz . . . . .	46
E.	Verwaltungsvollzug des Unionsrechts . . . . .	46
I.	Direkter Vollzug durch die Exekutive der EU . . . . .	46
1.	Materielle Rechtsgrundlagen . . . . .	47
2.	Handlungsformen . . . . .	47
3.	Verwaltungsverfahren . . . . .	47
II.	Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten . . . . .	47
1.	Unmittelbarer Vollzug . . . . .	47
2.	Mittelbarer Vollzug . . . . .	48
F.	Rechtsschutz . . . . .	48
I.	Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission . . . . .	48
II.	Vertragsverletzungsverfahren durch Mitgliedstaaten . . . . .	49
III.	Nichtigkeitsklagen . . . . .	49
IV.	Untätigkeitsklagen . . . . .	49
V.	Vorabentscheidungen . . . . .	49
VI.	Schadensersatzklagen . . . . .	50
G.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	50
I.	Vertiefungshinweise . . . . .	50
II.	Wiederholungsfragen . . . . .	50

# Inhaltsverzeichnis

<b>Teil II</b>	<b>Das Handeln der öffentlichen Verwaltung</b> . . . . .	51
<b>Kapitel 4</b>	<b>Gebundenheit und Freiheit der Verwaltung</b> ( <i>Brenndörfer/Trockels</i> ) . . . . .	53
A.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung . . . . .	53
I.	Vorrang des Gesetzes . . . . .	53
II.	Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	53
B.	Unbestimmter Rechtsbegriff und Beurteilungsspielraum. . . . .	55
I.	Allgemeines . . . . .	55
II.	Unbestimmte Rechtsbegriffe . . . . .	55
III.	Beurteilungsspielraum . . . . .	56
1.	Fallgruppen von Beurteilungsspielraum . . . . .	56
2.	Gerichtliche Überprüfbarkeit . . . . .	56
IV.	Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe . . . . .	57
1.	Wörtliche Auslegung . . . . .	57
2.	Systematische Auslegung . . . . .	58
3.	Teleologische Auslegung . . . . .	59
4.	Historische Auslegung . . . . .	59
C.	Ermessen. . . . .	60
I.	Begriff. . . . .	60
II.	Einräumung von Ermessen . . . . .	60
1.	Ermessensvorschriften. . . . .	60
2.	Soll-Vorschriften. . . . .	61
III.	Richtige Ermessensausübung . . . . .	61
1.	Ermessensausübung . . . . .	61
2.	Zweckentsprechende Ermessensausübung . . . . .	62
3.	Beachtung der gesetzlichen Grenzen . . . . .	62
IV.	Ermessensreduzierung auf Null . . . . .	67
1.	Bedeutung . . . . .	67
2.	Voraussetzungen . . . . .	67
3.	Praktische Relevanz . . . . .	68
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	68
I.	Vertiefungshinweise. . . . .	68
II.	Wiederholungsfragen. . . . .	68
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Der Verwaltungsakt</b> . . . . .	70
<b>Kapitel 5</b>	<b>Bedeutung, Begriff und Arten des Verwaltungsakts</b> ( <i>Brenndörfer/Trockels</i> ) . . . . .	70
A.	Bedeutung des Verwaltungsakts. . . . .	70
I.	Allgemeine Bedeutung des Verwaltungsakts. . . . .	70

II.	Praktische Relevanz des Verwaltungsakts . . . . .	70
1.	Verfahrensrechtliche Bedeutung . . . . .	70
2.	Materiell-rechtliche Bedeutung . . . . .	70
3.	Vollstreckungsrechtliche Bedeutung . . . . .	70
4.	Rechtsschutzfunktion . . . . .	71
B.	Begriffsmerkmale des Verwaltungsakts . . . . .	71
I.	Hoheitliche Maßnahme . . . . .	71
II.	Behörde . . . . .	72
III.	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . . . . .	73
IV.	Regelung . . . . .	73
1.	Begriff . . . . .	73
2.	Abgrenzungen . . . . .	73
V.	Unmittelbare Außenwirkung . . . . .	74
1.	Innerdienstliche Weisungen . . . . .	74
2.	Zustimmung anderer Verwaltungsbehörden (Mehrstufiger Verwaltungsakt) . . . . .	75
VI.	Einzelfall . . . . .	76
1.	Begriff . . . . .	76
2.	Allgemeinverfügung . . . . .	77
C.	Arten von Verwaltungsakten . . . . .	79
I.	Befehlende, gestaltende und feststellende Verwaltungsakte . . . . .	79
II.	Begünstigende und belastende Verwaltungsakte . . . . .	79
III.	Einstufige und Mehrstufige Verwaltungsakte . . . . .	80
IV.	Verwaltungsakte mit Drittwirkung . . . . .	80
D.	Besondere Formen . . . . .	80
I.	Vorläufiger Verwaltungsakt . . . . .	80
II.	Vorsorglicher Verwaltungsakt . . . . .	81
III.	Vorbescheid . . . . .	81
IV.	Zusage und Zusicherung . . . . .	81
1.	Begriff und Rechtsnatur . . . . .	81
2.	Die Zusicherung . . . . .	82
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	84
I.	Vertiefungshinweise . . . . .	84
II.	Wiederholungsfragen . . . . .	84
<b>Kapitel 6 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt</b>		
	<i>(Vondung)</i> . . . . .	85
A.	Einführung . . . . .	85
B.	Arten, Rechtswirkungen und Abgrenzungsprobleme . . . . .	85
I.	Arten und Rechtswirkungen . . . . .	85
1.	Befristung . . . . .	85

# Inhaltsverzeichnis

2. Bedingung . . . . .	86
3. Widerrufsvorbehalt. . . . .	87
4. Auflage. . . . .	88
5. Auflagenvorbehalt . . . . .	89
6. Keine Nebenbestimmung: Die sog. modifizierende Genehmigung . . . . .	90
II. Abgrenzungsprobleme . . . . .	91
1. Abgrenzung zu sonstigen Nebenregelungen . . . . .	91
2. Abgrenzung zu bloßen Hinweisen auf die Rechtslage . . . . .	91
3. Abgrenzung zu Inhaltsbestimmungen . . . . .	91
4. Abgrenzung zum Vorbehalt der endgültigen Entscheidung . . . . .	92
5. Abgrenzung zwischen Auflage und Bedingung . . . . .	92
C. Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit . . . . .	93
I. Zulässigkeit . . . . .	93
1. Nebenbestimmungen beim gebundenen Verwaltungsakt . . . . .	94
2. Nebenbestimmungen bei Ermessensakten . . . . .	95
II. Grenzen der Zulässigkeit . . . . .	96
1. Ausschluss durch Rechtsvorschriften . . . . .	96
2. Verstoß gegen den Zweck des VA . . . . .	96
3. Ausschluss aus der Natur der Sache . . . . .	97
III. Weitere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen . . . . .	98
D. Folgen der Rechtswidrigkeit von Nebenbestimmungen und Rechtsschutzprobleme . . . . .	98
I. Problemstellung: Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage? . . . . .	98
II. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (h. M.) . . . . .	99
III. Klassische Literaturauffassung . . . . .	100
IV. Rechtsschutz Dritter gegen Nebenbestimmungen. . . . .	100
V. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen im Widerspruchsverfahren . . . . .	100
VI. Rechtsschutz gegen modifizierende Genehmigungen . . . . .	101
E. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	101
I. Vertiefungshinweise. . . . .	101
II. Wiederholungsfragen. . . . .	101
<b>Kapitel 7 Bekanntgabe des Verwaltungsakts</b>	
<i>(Sander/Schad)</i> . . . . .	103
A. Einführung . . . . .	103
I. Bedeutung . . . . .	103
II. Definition . . . . .	103
B. Formlose Bekanntgabe des Verwaltungsakts . . . . .	103
I. Grundsatz: Freiheit der Form der Bekanntgabe. . . . .	103

II.	Notwendigkeit der Bekanntgabe . . . . .	104
III.	Zeitpunkt der Bekanntgabe. . . . .	106
IV.	Rechtsfolgen der Bekanntgabe. . . . .	107
C.	Förmliche Bekanntgabe des Verwaltungsakts durch Zustellung . . . . .	109
I.	Vorbemerkung . . . . .	109
II.	Zustellungsarten . . . . .	110
1.	Allgemeines . . . . .	110
2.	Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde . . . . .	110
3.	Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes . . . . .	110
4.	Zustellung durch die Behörde gegen Empfangsbekanntnis . . . . .	112
5.	Elektronische Zustellung gegen Abholbestätigung über De-Mail-Dienste . . . . .	113
6.	Öffentliche Zustellung . . . . .	114
III.	Gemeinsame Regelungen für alle Zustellungsarten . . . . .	114
1.	Zustellung an mehrere Beteiligte . . . . .	114
2.	Zustellung an gesetzliche Vertreter . . . . .	115
3.	Zustellung an Bevollmächtigte . . . . .	116
4.	Heilung von Zustellungsmängeln . . . . .	116
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	118
I.	Vertiefungshinweise . . . . .	118
II.	Wiederholungsfragen. . . . .	118

**Kapitel 8 Fehlerfreier (rechtmäßiger) Verwaltungsakt**  
*(Zimmermann-Kreher/Büchner)* . . . . . 119

A.	Einführung . . . . .	119
B.	Prüfprogramme zur Vermeidung von Fehlern . . . . .	119
I.	Schema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts . . . . .	120
1.	Erläuterung. . . . .	120
2.	Prüfschema für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts . . . . .	120
II.	Schema für die nachträgliche Rechtmäßigkeitsprüfung . . . . .	121
III.	Schema für die Rechtmäßigkeitsprüfung eines Vollstreckungsakts . . . . .	122
C.	Einzelne Rechtmäßigkeitskriterien . . . . .	122
I.	Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen . . . . .	122
1.	Beachtung von Zuständigkeitsregelungen . . . . .	122
2.	Beachtung von Verfahrensvorschriften . . . . .	122
3.	Beachtung von Formvorschriften, Begründungspflichten und Fristen . . . . .	123
4.	Keine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen: Rechtsbehelfsbelehrung und Bekanntgabe . . . . .	123
II.	Materielle (inhaltliche) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen. . . . .	124

## Inhaltsverzeichnis

1.	Tatbestand der Ermächtigungsgrundlage . . . . .	124
2.	Tatbestand der Anspruchsgrundlage . . . . .	125
3.	Zulässiger Adressat. . . . .	126
4.	Zulässige Rechtsfolge: Beachtung der Schranken des Ermessens/Unterschied zum Beurteilungsspielraum . . . . .	127
5.	Inhaltliche Bestimmtheit. . . . .	129
D.	Einfluss des Europarechts. . . . .	130
I.	Stellung im Prüfprogramm . . . . .	130
II.	Direkter Vollzug durch die EU-Exekutive. . . . .	130
III.	Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten. . . . .	131
1.	Unmittelbarer Vollzug . . . . .	131
2.	Mittelbarer Vollzug. . . . .	131
3.	Anwendungsgrundsatz . . . . .	131
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	131
I.	Vertiefungshinweise. . . . .	131
II.	Wiederholungsfragen. . . . .	131
<b>Kapitel 9 Fehlerfolgen</b>		
	<i>(Zimmermann-Kreber/Büchner)</i> . . . . .	133
A.	Einführung . . . . .	133
I.	Begriff der Rechtswidrigkeit . . . . .	133
II.	Die Bedeutung der Rechtswidrigkeit. . . . .	133
III.	Folgen der Rechtswidrigkeit für die Wirksamkeit des Verwaltungsakts. . . . .	133
1.	Unterscheidung Nichtigkeit/schlichte Rechtswidrigkeit . . . . .	133
2.	Aufhebbarkeit des schlicht rechtswidrigen Verwaltungsakts. . . . .	134
3.	Die Aufhebbarkeit des nichtigen Verwaltungsakts . . . . .	134
4.	Schema zur Aufhebbarkeit. . . . .	134
B.	Nichtakt (Nichtverwaltungsakt) . . . . .	135
I.	Begriff. . . . .	135
II.	Anwendungsbeispiele . . . . .	136
1.	Amtsanmaßung. . . . .	136
2.	Unmittelbarer Zwang . . . . .	136
3.	Scherzhandlungen . . . . .	136
III.	Rechtsfolgen. . . . .	136
IV.	Verfahrensrechtliche Behandlung. . . . .	136
C.	Bloße Unrichtigkeiten . . . . .	137
I.	Begriff und Erscheinungsformen . . . . .	137
II.	Rechtsfolgen der bloßen Unrichtigkeit . . . . .	137
1.	Folgen bei offensichtlichen Unrichtigkeiten . . . . .	137
2.	Folgen bei fehlender Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	137



3.	Folgen bei unzumutbarem Verwaltungsakt . . . . .	138
4.	Folgen bei nicht zwingenden Verfahrensvorschriften . . . . .	138
D.	Der nichtige Verwaltungsakt . . . . .	138
I.	Begriff und Folgen der Nichtigkeit . . . . .	138
II.	Voraussetzungen der Nichtigkeit . . . . .	139
1.	Überblick . . . . .	139
2.	Evidenzunabhängige Nichtigkeitsgründe (Positivkatalog) . . . . .	139
3.	Nichtigkeitsirrelevante Fehler (Negativkatalog) . . . . .	141
4.	Die evidenzabhängigen (relativen) Nichtigkeitsgründe (Generalklausel) . . . . .	142
III.	Die Teilnichtigkeit . . . . .	144
IV.	Umdeutung eines nichtigen Verwaltungsakts . . . . .	144
V.	Die Feststellung der Nichtigkeit . . . . .	144
1.	Feststellungsbedürfnis . . . . .	144
2.	Feststellungsklage nach § 43 VwGO (§ 55 I Nr. 4 SGG) . . . . .	144
3.	Antrag nach § 44 V LVwVfG (§ 40 V SGB X) . . . . .	144
4.	Anfechtungswiderspruch und Anfechtungsklage nach §§ 68 und 42 VwGO (§§ 78 und 54 SGG) . . . . .	145
E.	Schlicht rechtswidriger Verwaltungsakt . . . . .	145
I.	Begriff und Folgen . . . . .	145
II.	Bedeutung . . . . .	145
III.	Die Heilbarkeit nach § 45 LVwVfG (§ 41 SGB X) . . . . .	146
1.	Begriff und Bedeutung . . . . .	146
2.	Die heilbaren Fehler . . . . .	146
3.	Form und Zeitpunkt der Heilung . . . . .	147
4.	Heilung und Rechtsbehelfsfristen . . . . .	148
5.	Heilung und Kostenfolge im Widerspruchsverfahren . . . . .	149
6.	Folgen unterbliebener Heilung . . . . .	149
IV.	Die Unbeachtlichkeit nach § 46 LVwVfG (§ 42 SGB X) . . . . .	149
1.	Begriff und Bedeutung . . . . .	149
2.	Voraussetzungen . . . . .	149
3.	Folgen der Unbeachtlichkeit . . . . .	151
4.	Anwendungsbereich . . . . .	151
V.	Die Umdeutung . . . . .	151
1.	Grundlegendes . . . . .	151
2.	Voraussetzungen . . . . .	152
3.	Rechtsschutz . . . . .	153
VI.	Teilweise schlichte Rechtswidrigkeit . . . . .	153
F.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	153
I.	Vertiefungshinweise . . . . .	153
II.	Wiederholungsfragen . . . . .	154

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel 10 Bestandskraft des Verwaltungsakts</b> <i>(Zimmermann-Kreber/Noak/Büchner)</i> . . . . .	155
A. Einführung . . . . .	155
B. Bestandskraft . . . . .	155
I. Begriff und Wesen . . . . .	155
1. Formelle Bestandskraft (Unanfechtbarkeit) . . . . .	155
2. Materielle Bestandskraft . . . . .	156
II. Gegenstand und rechtliche Tragweite der materiellen Bestandskraft . . . . .	156
1. Allgemeines . . . . .	156
2. Besonderheiten des Sozialrechts . . . . .	157
III. Durchbrechung der formellen und materiellen Bestandskraft . . . . .	157
C. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem LVwVfG . . . . .	158
I. Einführung . . . . .	158
1. Bedeutung . . . . .	158
2. Systematik . . . . .	158
3. Anwendungsbereich . . . . .	159
4. Folgen des Wiederaufgreifens . . . . .	159
5. Folgen des „Nicht-Wiederaufgreifens“ . . . . .	160
6. Schematische Übersicht. . . . .	161
II. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens (Wiederaufgreifen i. e. S.). . . . .	163
1. Zulässigkeit des Antrags nach § 51 I bis III LVwVfG . . . . .	163
2. Begründetheit des Antrags gem. § 51 LVwVfG . . . . .	165
III. Der Anspruch auf Wiederaufgreifen des Verfahrens wegen Ermessensreduzierung auf Null (Wiederaufgreifen i. w. S.) . . . . .	165
IV. Verhältnis zu Rücknahme und Widerruf . . . . .	166
D. Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten nach dem LVwVfG . . . . .	166
I. Einführung . . . . .	166
1. Begriffe . . . . .	167
2. Rechtmäßigkeit – Rechtswidrigkeit des aufzuhebenden VA . . . . .	167
3. Belastende – begünstigende Verwaltungsakte . . . . .	168
4. Spezialgesetzliche Vorschriften . . . . .	170
II. Formelle Voraussetzungen für Rücknahme und Widerruf. . . . .	170
III. Rücknahme (rechtswidriger) belastender Verwaltungsakte . . . . .	171
1. Voraussetzungen . . . . .	171
2. Ermessen . . . . .	171
IV. Rücknahme (rechtswidriger) begünstigender Verwaltungsakte . . . . .	171
1. Rücknahme von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten (Abs. 2). . . . .	172
2. Die Rücknahme „sonstiger“ Verwaltungsakte (Abs. 3) . . . . .	177
V. Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte mit Doppelwirkung . . . . .	180

1. Begriff . . . . .	180
2. Problemstellung. . . . .	180
3. Problemlösung . . . . .	180
VI. Widerruf (rechtmäßiger) belastender Verwaltungsakte . . . . .	181
1. Voraussetzungen . . . . .	181
2. Ermessen . . . . .	181
VII. Widerruf (rechtmäßiger) begünstigender Verwaltungsakte . . . . .	181
1. Voraussetzung: Widerrufsgrund . . . . .	181
2. Ermessen . . . . .	184
3. Folgewirkungen des Widerrufs . . . . .	185
VIII. Widerruf von Verwaltungsakten mit Doppelwirkung. . . . .	185
E. Wiederaufgreifen des Verfahrens und Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X . . . . .	186
I. Einführung . . . . .	186
II. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach dem SGB X . . . . .	186
III. Übersicht über die Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem SGB X . . . . .	187
1. Grundlegendes . . . . .	187
2. Rücknahme belastender Verwaltungsakte (§ 44 SGB X) . . . . .	188
3. Rücknahme begünstigender Verwaltungsakte (§ 45 SGB X) . . . . .	191
4. Widerruf belastender Verwaltungsakte (§ 46 SGB X) . . . . .	194
5. Widerruf begünstigender Verwaltungsakte (§ 47 SGB X) . . . . .	195
6. Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung wegen nachträglicher Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X) . . . . .	196
7. Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen (§ 50 SGB X) . . . . .	198
8. Die Rückgabe von Urkunden und Sachen . . . . .	199
F. Einflüsse des Unionsrechts . . . . .	199
I. Indirekter Vollzug durch die Exekutive der Mitgliedstaaten. . . . .	199
1. Anwendungsgrundsatz . . . . .	199
2. Äquivalenzgrundsatz und Effizienzgebot . . . . .	199
II. Bestandskraft unionsrechtswidriger Verwaltungsakte . . . . .	199
1. Rechtsprechung des EuGH . . . . .	199
2. Umsetzung in nationales Recht . . . . .	200
III. Rücknahme unionsrechtswidriger Verwaltungsakte . . . . .	200
1. Grund der Unionsrechtswidrigkeit . . . . .	200
2. Europarechtliche Korrektur der Rücknahmebestimmungen . . . . .	200
G. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	201
I. Vertiefungshinweise . . . . .	201
II. Wiederholungsfragen . . . . .	201

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel 11 Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management</b> <i>(Brenndörfer/Joergler)</i> . . . . .	203
A. Begriff und Bedeutung der Bescheidtechnik – Erweiterung zum Bescheid-Qualitäts-Management . . . . .	203
I. Begriffe Bescheidtechnik und Bescheid-Qualitäts-Management . . . . .	203
1. Einführung . . . . .	203
2. Empfehlung: Einbettung der Bescheidtechnik in ein umfassendes Bescheid-Qualitäts-Management . . . . .	204
3. Bescheidtechnik und Informationstechnologie . . . . .	205
II. Die große Bedeutung der Kommunikation von und in Behörden. . . . .	206
B. Aufbau und Inhalt von Bescheiden . . . . .	209
I. Beispiel . . . . .	209
II. Gliederung. . . . .	212
III. Einleitung . . . . .	212
IV. Tenor . . . . .	213
1. Tenorierung des Entscheidungssatzes. . . . .	213
2. Tenorierung von Nebenbestimmungen . . . . .	214
3. Tenorierung der Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	214
4. Tenorierung der Androhung von Zwangsmitteln. . . . .	215
5. Gebührenentscheidung. . . . .	216
6. Hinreichende Bestimmtheit. . . . .	217
V. Begründung . . . . .	217
1. Allgemeine Überlegungen. . . . .	217
2. Der Sachverhalt . . . . .	222
3. Die rechtlichen Gründe. . . . .	222
VI. Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	228
VII. Grußformel und Unterschrift . . . . .	229
VIII. Interne Bearbeitungsvermerke . . . . .	229
C. Widerspruchsbescheide . . . . .	230
I. Das Widerspruchsverfahren im Überblick . . . . .	230
II. Der Widerspruchsbescheid . . . . .	231
1. Tenor . . . . .	232
2. Begründung . . . . .	235
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	236
I. Vertiefungshinweise. . . . .	236
II. Wiederholungsfragen. . . . .	237

<b>Zweiter Abschnitt Besondere Handlungsformen</b> . . . . .	238
<b>Kapitel 12 Der öffentlich-rechtliche Vertrag</b> ( <i>Steinhorst</i> ) . . . . .	238
A. Einführung . . . . .	238
B. Rechtsgrundlagen . . . . .	238
C. Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages i. S. d. §§ 54 LVwVfG (§§ 53 ff. SGB X) . . . . .	239
I. Vertrag . . . . .	239
1. Allgemeines . . . . .	239
2. Abgrenzung von anderen Kooperationsformen . . . . .	240
II. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . . . . .	241
1. Verwaltungsrechtliche Verträge . . . . .	241
2. Abgrenzung von privatrechtlichen Verträgen . . . . .	241
3. Gemischte und zusammengesetzte Verträge . . . . .	242
III. Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses . . . . .	242
D. Arten öffentlich-rechtlicher Verträge . . . . .	243
I. Koordinations- und subordinationsrechtliche Verträge . . . . .	243
II. Verpflichtungs- und Verfügungsverträge . . . . .	244
III. Vergleichs- und Austauschverträge . . . . .	244
E. Die Rechtmäßigkeit eines öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	246
I. Ermächtigungsgrundlage; Vertragsformverbote . . . . .	246
II. Formelle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	247
1. Zuständigkeit . . . . .	247
2. Mitwirkungserfordernisse . . . . .	247
3. Form . . . . .	249
III. Materielle Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages . . . . .	250
1. Allgemeines . . . . .	250
2. Vergleichsvertrag . . . . .	250
3. Austauschvertrag . . . . .	251
F. Der fehlerhafte öffentlich-rechtliche Vertrag . . . . .	252
I. Allgemeines . . . . .	252
II. Nichtigkeitsgründe (§ 59 LVwVfG; § 58 SGB X) . . . . .	253
1. Prüfungsreihenfolge . . . . .	253
2. Nichtigkeitsgründe nach § 59 II LVwVfG (§ 58 II SGB X) . . . . .	253
3. Nichtigkeitsgründe nach § 59 I LVwVfG (§ 58 I SGB X) . . . . .	255
III. Teilnichtigkeit . . . . .	257
G. Vertragsabwicklung und Leistungsstörungen . . . . .	257
I. Anwendung zivilrechtlicher Vorschriften . . . . .	257
II. Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen . . . . .	259

## Inhaltsverzeichnis

H. Die Durchsetzung von Ansprüchen aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag . . . . .	259
I. Rechtsweg . . . . .	259
II. Statthafte Klageart . . . . .	260
III. Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung . . . . .	261
IV. Beispiel eines öffentlich-rechtlichen Vertrages. . . . .	262
I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	263
I. Vertiefungshinweise. . . . .	263
II. Wiederholungsfragen. . . . .	263
<b>Kapitel 13 Planung und Plan</b> <i>(Hartleb/Peters)</i> . . . . .	264
A. Einführung . . . . .	264
B. Planungsarten . . . . .	264
I. Allgemeine staatliche Planung. . . . .	264
II. Raumplanung. . . . .	264
1. Räumliche Gesamtplanung . . . . .	264
2. Räumliche Fachplanung . . . . .	265
C. Planungsprozess . . . . .	266
I. Rechtscharakter . . . . .	266
II. Inhaltliche Anforderungen . . . . .	267
1. Planrechtfertigung . . . . .	267
2. Planungsleitsätze . . . . .	267
3. Abwägung . . . . .	267
4. Abstimmungsgebot . . . . .	269
5. Rechtsformen für die Planungsinhalte . . . . .	270
III. Planaufstellungsverfahren . . . . .	271
1. Überörtliche Gesamtplanung. . . . .	271
2. Bauleitplanung . . . . .	271
3. Schutzgebietsfestsetzungen . . . . .	271
4. Planfeststellungsverfahren . . . . .	271
5. Plangenehmigungsverfahren . . . . .	272
IV. Plansicherungsmaßnahmen . . . . .	272
1. Raumordnungsverfahren. . . . .	272
2. Planerische Untersagung . . . . .	272
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	273
I. Vertiefungshinweise. . . . .	273
II. Wiederholungsfragen. . . . .	273

<b>Teil III</b>	<b>Verwaltungsverfahren</b> . . . . .	275
	<b>Kapitel 14 Allgemeines Verwaltungsverfahren</b>	
	<i>(Walker/Schad)</i> . . . . .	277
A.	Einführung . . . . .	277
I.	Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze . . . . .	277
1.	Warum Verwaltungsverfahrensgesetze? . . . . .	277
2.	Anwendungsbereich . . . . .	277
II.	Begriff des Verwaltungsverfahrens . . . . .	278
1.	Tätigkeit von Behörden . . . . .	278
2.	Externe Wirkung . . . . .	279
3.	Verfahrensergebnis . . . . .	279
4.	Das allgemeine Verwaltungsverfahren . . . . .	279
III.	Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens . . . . .	280
1.	Einführung . . . . .	280
2.	Form des Verwaltungsakts und Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	280
IV.	Amtssprache . . . . .	284
1.	Einführung . . . . .	284
2.	Das Fristenproblem . . . . .	285
B.	Behörde . . . . .	285
I.	Begriff . . . . .	285
II.	Zuständigkeit . . . . .	286
1.	Arten von Zuständigkeiten . . . . .	286
2.	Durchbrechung der Zuständigkeiten . . . . .	287
3.	Verhalten bei Unzuständigkeit . . . . .	287
III.	Ausgeschlossene Personen und Besorgnis der Befangenheit . . . . .	288
1.	Ausgeschlossene Personen . . . . .	288
2.	Besorgnis der Befangenheit . . . . .	289
C.	Verfahrensbeteiligte . . . . .	289
I.	Beteiligungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit . . . . .	289
II.	Beteiligte . . . . .	290
III.	Bevollmächtigte und Beistände . . . . .	291
D.	Verfahrensrechte . . . . .	292
I.	Das Recht auf Beratung und Auskunft . . . . .	292
1.	Vorrang des Gesetzes . . . . .	292
2.	Anwendung . . . . .	293
3.	Folgen einer Zuwiderhandlung . . . . .	293
II.	Das Recht auf Akteneinsicht . . . . .	293
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 29 I LVwVfG . . . . .	294
2.	Die Anspruchshindernisse des § 29 II LVwVfG . . . . .	295
3.	Art der Akteneinsicht . . . . .	296

# Inhaltsverzeichnis

4.	Exkurs: Das Akteneinsichtsrecht im Verfahren vor Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten . . . . .	297
5.	Informationsfreiheitsgesetze. . . . .	297
6.	Weitergehende Einflüsse des Europarechts . . . . .	298
III.	Das Recht auf Anhörung . . . . .	298
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 28 I LVwVfG. . . . .	299
2.	Die Anspruchshindernisse . . . . .	300
IV.	Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten. . . . .	300
1.	Geschützte Rechtsgüter. . . . .	301
2.	Schutz wovor? . . . . .	301
3.	Befugnis zum Verarbeiten/Offenbaren . . . . .	301
V.	Das Recht auf Begründung eines Verwaltungsakts. . . . .	301
1.	Die Anspruchsvoraussetzungen des § 39 I LVwVfG. . . . .	302
2.	Die Anspruchshindernisse des § 39 II LVwVfG. . . . .	303
3.	Folgen einer Zuwiderhandlung . . . . .	304
VI.	Weitere Verfahrensrechte . . . . .	304
E.	Fristen, Termine, Wiedereinsetzung . . . . .	305
I.	Fristen und Termine. . . . .	305
1.	Begriffe . . . . .	305
2.	Grundsätzliche Verweisung auf das BGB . . . . .	305
3.	Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens. . . . .	305
II.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. . . . .	305
1.	Voraussetzungen . . . . .	306
2.	Verfahren . . . . .	306
F.	Beginn, Durchführung und Ende des Verfahrens . . . . .	306
I.	Beginn des Verfahrens . . . . .	306
1.	Von Amtswegen/auf Antrag . . . . .	306
2.	Form eines Antrags. . . . .	308
3.	Antragsinteresse. . . . .	310
II.	Der Untersuchungsgrundsatz . . . . .	310
1.	Wesen und Umfang . . . . .	310
2.	Mitwirkungspflicht . . . . .	311
III.	Mitwirkung anderer Behörden . . . . .	312
1.	Mitwirkungsarten . . . . .	312
2.	Rechtsnatur der Mitwirkungshandlung . . . . .	313
IV.	Amtshilfe. . . . .	314
1.	Anwendungsbereich und Begriff. . . . .	314
2.	Voraussetzungen und Grenzen . . . . .	315
3.	Beginn, Durchführung, Kosten. . . . .	315
V.	Beweiserhebung . . . . .	316
1.	Beweismittel . . . . .	316
2.	Mitwirkung der Beteiligten . . . . .	317



3. Beweiswürdigung . . . . .	317
4. Materielle Beweislast . . . . .	317
5. Formelle Beweislast . . . . .	318
VI. Ende des Verfahrens . . . . .	318
G. Folgen eines Verstoßes gegen Verfahrensvorschriften . . . . .	319
I. Rechtswidrigkeit . . . . .	319
II. Heilung . . . . .	319
III. Unbeachtlichkeit . . . . .	319
IV. Klagemöglichkeit . . . . .	320
H. Verfahrenskosten . . . . .	320
I. Rechtsgrundlagen . . . . .	320
II. Begriffliches . . . . .	321
1. Gebühren . . . . .	321
2. Auslagen . . . . .	322
III. Gebührengrundsätze . . . . .	322
1. Entstehungsgrund . . . . .	322
2. Bemessung . . . . .	324
IV. Die Kostenentscheidung . . . . .	324
I. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	325
I. Vertiefungshinweise . . . . .	325
II. Wiederholungsfragen . . . . .	325
<b>Kapitel 15 Besondere Verwaltungsverfahren</b>	
<i>(Hesselbarth/Peters)</i> . . . . .	326
A. Einführung . . . . .	326
B. Förmliches Verwaltungsverfahren . . . . .	326
I. Anwendbarkeit der Regelungen des förmlichen Verwaltungsverfahrens . . . . .	326
II. Bestandteile des förmlichen Verwaltungsverfahrens . . . . .	326
III. Einzelne Verfahrensbesonderheiten . . . . .	327
1. Verpflichtung zur Anhörung von Beteiligten . . . . .	327
2. Mündliche Verhandlung . . . . .	327
3. Formerfordernisse . . . . .	328
4. Rechtsbehelfe . . . . .	328
C. Planfeststellungsverfahren . . . . .	328
I. Anwendbarkeit der Regelungen des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	328
II. Verfahrensgang . . . . .	329
1. Beginn des Verfahrens . . . . .	329
2. Behördenbeteiligung . . . . .	329
3. Öffentlichkeitsbeteiligung . . . . .	329
4. Beteiligung anerkannter Verbände . . . . .	329

## Inhaltsverzeichnis

5. Erörterungstermin . . . . .	329
6. Stellungnahme der Anhörungsbehörde . . . . .	329
III. Planfeststellungsbeschluss . . . . .	330
IV. Rechtsbehelfe . . . . .	330
V. Besondere Wirkungen der Planfeststellung . . . . .	330
1. Konzentrations- und Ersetzungswirkung der Planfeststellung . . . . .	330
2. Präklusionswirkung . . . . .	331
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	331
I. Vertiefungshinweise . . . . .	331
II. Wiederholungsfragen . . . . .	331
<b>Kapitel 16 Datenschutzrecht</b>	
( <i>Martens</i> ) . . . . .	332
A. Einführung . . . . .	332
B. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	332
I. Allgemeines . . . . .	332
II. Allgemeine Datenschutzgesetze . . . . .	334
1. Landesrechtliche Regelung – das Landesdatenschutzgesetz (LDSG) . . . . .	334
2. Bundesrechtliche Regelung – das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) . . . . .	338
III. Bereichsspezifische Datenschutzregelungen . . . . .	338
1. Beispiel: Sozialdatenschutz nach dem SGB . . . . .	338
2. Beispiel: Bundesmeldegesetz . . . . .	341
C. Einfluss des Europarechts . . . . .	343
D. Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	344
I. Vertiefungshinweise . . . . .	344
II. Wiederholungsfragen . . . . .	344
<b>Kapitel 17 Verwaltungsvollstreckungsverfahren</b>	
( <i>von Pollern/Brunn</i> ) . . . . .	345
A. Einführung . . . . .	345
Begriff und Wesen der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	345
B. Anwendungsbereiche der Verwaltungsvollstreckungsgesetze von Bund und Land . . . . .	346
I. Anwendungsbereich des Bundesverwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG) . . . . .	346
II. Anwendungsbereich des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Baden- Württemberg (LVwVG) . . . . .	346

C. Die Vollstreckungsverfahrensarten . . . . .	347
Systematische Grundunterscheidung der Verfahrensarten nach der zu vollstreckenden Pflicht . . . . .	347
1. Das Beitreibungsverfahren . . . . .	347
2. Der Verwaltungszwang im engeren Sinne . . . . .	348
D. Vollstreckungsvoraussetzungen . . . . .	348
Vollstreckungstitel . . . . .	348
1. Rechtssystematische Unterschiede zwischen Bundes- und Landesrecht . . . . .	348
2. Anforderungen an den Vollstreckungstitel . . . . .	349
E. Zwangsmittel des Verwaltungszwangs im engeren Sinn nach dem LVwVG . . . . .	351
I. Die Zwangsmittel im Einzelnen . . . . .	351
1. Zwangsgeld, Ersatzzwangshaft, Ersatzvornahme . . . . .	351
2. Unmittelbarer Zwang (§§ 26 bis 28 LVwVG) und unmittelbare Ausführung . . . . .	353
II. Allgemeine Vollstreckungsgrundsätze . . . . .	358
III. Verhältnis der einzelnen Zwangsmittel zueinander . . . . .	359
F. Verfahrenssubjekte der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	360
I. Verfahrenssubjekte und Verfahrensbeteiligte . . . . .	360
II. Die Vollstreckungsbehörde im Bundes- und Landesrecht . . . . .	360
III. Der Vollstreckungsgläubiger . . . . .	361
IV. Der Vollstreckungsschuldner . . . . .	362
1. Begriff des Vollstreckungsschuldners . . . . .	362
2. Sonderprobleme bei bestimmten Vollstreckungsschuldnern . . . . .	362
G. Verfahrensablauf im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nach dem LVwVG . . . . .	365
I. Verfahrensablauf im Beitreibungsverfahren . . . . .	365
1. Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen . . . . .	365
2. Verfahrensgang bis zur Pfändung beweglicher Sachen und Forderungen bzw. bis zur Vornahme der entsprechenden Vollstreckungsmaßnahmen bei der Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen . . . . .	366
3. Das Verwertungsverfahren . . . . .	367
II. Ablauf des Verwaltungszwangsverfahrens . . . . .	368
III. Schema: Arten der Verwaltungsvollstreckung und Grundzüge des Verfahrensablaufs . . . . .	373
IV. Die Einstellung des Vollstreckungsverfahrens . . . . .	374
V. Die Kosten des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens . . . . .	375
H. Rechtsschutz in der Verwaltungsvollstreckung . . . . .	376
I. Rechtswegbestimmung . . . . .	376

## Inhaltsverzeichnis

II.	Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen gegen einzelne Vollstreckungsakte. . . . .	376
III.	Statthaftigkeit von Rechtsbehelfen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckung überhaupt . . . . .	377
IV.	Geltendmachung von „die Veräußerung hindernden Rechten“ . . . . .	377
I.	Schema zur Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme . . . . .	378
J.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	380
I.	Vertiefungshinweise. . . . .	380
II.	Wiederholungsfragen. . . . .	381
<b>Teil IV</b>	<b>Rechtsschutz</b> . . . . .	<b>383</b>
<b>Kapitel 18</b>	<b>System der Rechtsbehelfe</b> ( <i>Vondung/Büchner</i> ) . . . . .	<b>385</b>
A.	Einführung . . . . .	385
B.	Förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	386
I.	Im Verwaltungsverfahren: Widerspruch. . . . .	386
1.	Gegenstand, Zweck und Rechtsgrundlagen . . . . .	386
2.	Widerspruchsverfahren . . . . .	386
3.	Zulässigkeit des Widerspruchs . . . . .	388
4.	Begründetheit des Widerspruchs. . . . .	395
5.	Der Widerspruchsbescheid . . . . .	397
6.	Der Abhilfebescheid . . . . .	402
II.	Verwaltungsgerichtliche Rechtsbehelfe . . . . .	402
1.	Gegenstand, Zweck und Rechtsgrundlagen . . . . .	402
2.	Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen gerichtlicher Rechtsbehelfe . . . . .	403
3.	Klagearten und ihre besonderen Zulässigkeitsvoraussetzungen und Begründetheit . . . . .	403
4.	Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80 ff. VwGO . . . . .	407
5.	Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO. . . . .	413
C.	Nichtförmliche (formlose) Rechtsbehelfe . . . . .	413
I.	Rechtsgrundlage . . . . .	413
II.	Arten. . . . .	413
1.	Gegenvorstellung. . . . .	414
2.	Fach- oder Rechtsaufsichtsbeschwerde . . . . .	414
3.	Dienstaufsichtsbeschwerde . . . . .	414
4.	Petition . . . . .	414
5.	Europarechtliche nichtförmliche Rechtsbehelfe . . . . .	414
III.	Rechtsträger . . . . .	415

## Inhaltsverzeichnis

IV.	Rechtsinhalt . . . . .	415
V.	Gerichtliche Kontrolle . . . . .	415
	1. Rechtsweg. . . . .	415
	2. Klageart . . . . .	415
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	416
	I. Vertiefungshinweise . . . . .	416
	II. Wiederholungsfragen. . . . .	416
<b>Teil V</b>	<b>Recht der öffentlichen Sachen . . . . .</b>	<b>417</b>
<b>Kapitel 19</b>	<b>Recht der öffentlichen Sachen</b>	
	<i>(Vondung)</i> . . . . .	419
A.	Grundlagen des öffentlichen Sachenrechts . . . . .	419
	I. Einführung . . . . .	419
	II. Begriff und Status der öffentlichen Sachen. . . . .	419
	1. Sachbegriff . . . . .	419
	2. Öffentlicher Status . . . . .	420
	III. Entstehung und Beendigung von öffentlichen Sachen . . . . .	421
	1. Widmung und Indienststellung . . . . .	421
	2. Voraussetzungen einer Widmung durch VA . . . . .	422
	3. Entwidmung und Widmungsänderung . . . . .	423
	IV. Arten von öffentlichen Sachen. . . . .	423
B.	Öffentliche Sachen im Zivilgebrauch . . . . .	424
	I. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch . . . . .	424
	1. Begriff und Gegenstand des Gemeingebrauchs . . . . .	424
	2. Straßen als öffentliche Sachen im Gemeingebrauch . . . . .	424
	II. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch. . . . .	431
	III. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch . . . . .	432
	1. Begriff . . . . .	432
	2. Verhältnis: Öffentliches Sachenrecht – Anstaltsrecht. . . . .	432
	3. Benutzungsrecht . . . . .	434
C.	Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch. . . . .	435
D.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen . . . . .	436
	I. Vertiefungshinweise . . . . .	436
	II. Wiederholungsfragen. . . . .	436

# Inhaltsverzeichnis

<b>Teil VI</b>	<b>Haftung der Verwaltung</b>	439
<b>Kapitel 20</b>	<b>Staatshaftungsrecht</b>	
	<i>(Fleckenstein/Peters)</i>	441
A.	Einführung	441
B.	Schadensersatz wegen Verwaltungsunrecht	441
I.	Haftung bei öffentlich-rechtlichem rechtswidrigem Verwaltungshandeln	442
1.	Unerlaubte Handlung	442
2.	Haftung aus öffentlich-rechtlichem Schuldverhältnis	449
3.	Konkurrenzen	450
II.	Haftung bei privatrechtlichem rechtswidrigem Verwaltungshandeln	450
C.	Entschädigung bei Enteignung und Aufopferung	451
I.	Rechtmäßige Enteignung und Aufopferung	452
II.	Enteignungs- und aufopferungsgleicher Eingriff	452
III.	Enteignender und aufopfernder Eingriff	453
IV.	Eigentumsrechtlicher Ausgleichsanspruch	453
V.	Umfang der Entschädigung	454
D.	Öffentlich-rechtliche Erstattung	454
E.	Vertiefungshinweise und Wiederholungsfragen	454
I.	Vertiefungshinweise	454
II.	Wiederholungsfragen	454
<b>Anhang</b>		457
<b>Stichwortverzeichnis</b>		459